



Rede

des Oberbürgermeisters Matthias Steffan zur Einbringung der Haushaltssatzung und des Haushaltplanes 2026 im Gemeinderat am 15.10.2025

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Bürgerinnen und Bürger,

heute sitze ich im Ratssaal vor Ihnen, nicht nur als Ihr Oberbürgermeister, sondern vor allem als Steuermann unserer gemeinsamen Zukunft. Wir befinden uns gemeinsam in einer Zeit, in der die kommunalen Finanzen so unsicher sind wie die Untiefen vor der Küste, und in der die Wirtschafts- und Weltpolitik der vergangenen Monate in Teilen unberechenbarer wirkt als Sturm, Wind und Wellen auf offener See.

Wir befinden uns heute in einer finanziellen Situation, die deutlich angespannter ist als viele Jahren zuvor, strukturell schwieriger als in der Zeit der Bankenkrise 2008 und 2009 (5 Millionen Euro Kreditaufnahme in 2010) – eine Lage, die uns vor konkrete Aufgaben stellt, aber auch die Chance bietet, gemeinsam neue Wege zu finden, unsere Stadt zukunftsfähig aufzustellen.

Das **Haushaltsjahr 2026** steht an und es erfordert Offenheit, Verantwortung und den festen Willen die richtigen Prioritäten zu setzen – besonders vor dem Hintergrund einer anhaltenden über 3-jährigen wirtschaftlichen Rezession in unserer Bundesrepublik Deutschland, die unser Handeln noch fokussierter und zielgerichteter machen muss, gerade mit einer Prognose eines zu erwartenden Wirtschaftswachstums von 1,4% in 2026.

Was belastet unsere städtischen Finanzen?

Die Gründe für die aktuelle finanzielle Belastung sind vielfältig.

- Zum einen liegen ab 2026 die Einnahmen in der Bundesrepublik Deutschland aus Steuern und Gebühren in vielen Bereichen hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück (die Herbststeuerschätzung folgt, laut Mai-Schätzung -2,3 Mrd. Euro für die Gemeinden in 2026).
- Zum anderen steigen die Kosten für zentrale Aufgaben schneller als die Einnahmeseite wächst: Höhere Zins- und Finanzierungskosten, steigende Personalkosten, Energiekosten (alleine seit 2022 ca. 500.000 Euro) Verbrauchs- und Materialpreise sowie notwendige Investitionen in

Infrastruktur, Unterhaltungsmaßnahmen und Klimaschutz bleiben bestehen, und sie müssen oft sehr teuer finanziert werden.

Die Städte und Gemeinden in Deutschland haben im Jahr 2024 zusammen das höchste kommunale Defizit seit der deutschen Wiedervereinigung vor 35 Jahren verbuchen müssen. Ihre Ausgaben lagen 24,8 Milliarden Euro über den Einnahmen.

Tatsächlich haben viele Kommunen, so auch wir in Schwetzingen, die guten Jahre genutzt, um Schulden abzubauen oder gar Rücklagen (Stand 2026: 19,1 Mio. Euro) zu bilden. Wer in der kommunalen Familie Ersparnisse hat, wie wir sie noch haben, baut sie gerade ab. Doch anders als in früheren Krisen wird die aktuelle Finanznot nicht nur durch einen Konjunkturanstieg zu lösen sein, weil die Ursache diesmal die überproportional gestiegenen Verwaltungsaufgaben sind (54% mehr Personal in den Kommunen seit 2012).

Darüber hinaus investieren wir als Stadt in mehreren Feldern gleichzeitig, um Funktionsfähigkeit und Lebensqualität zu sichern: In Kinderbetreuung, Bildung, Straßen- und Kanalinfrastruktur, öffentlicher Verkehr, Barrierefreiheit, digitale Verwaltung und nicht zuletzt Klimaschutz- und Resilienzmaßnahmen. All diese Handlungen sind dauerhaft notwendig, doch sie verlangen auch dauerhaft Mittel – insbesondere in einer Situation, in der die wirtschaftliche Grundlage schwächer ist und der Konsolidierungsdruck spürbar bleibt.

Als Stadtverwaltung haben wir uns zusammen mit dem Gemeinderat in den letzten zwölf Monaten intensiv mit dem Gesamthaushalt und den darin künftig enthaltenen Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen in unsere städtische Infrastruktur auseinandergesetzt.

In zwei intensiven Klausurtagungen – jeweils über ein Wochenende – haben wir gemeinsam Vorschläge erarbeitet, erste Vorschläge zu Einsparungen und Effizienzgewinnen identifiziert und vereinbart. Auf dieser Grundlage haben wir klare Prioritäten festgelegt und Maßnahmen mit der Verwaltung weiter konkretisiert.

Unsere Zielrichtungen waren dabei:

Erstens: Unsere öffentlichen Leistungen – in unseren Kindertageseinrichtungen, unseren Schulen und in der Bildungs- und Jugendförderung auf bisherigem Niveau zu halten, die Infrastruktur weiter zu stärken, was auch einen ÖPNV umfasst, das Fundament unserer Kulturförderung als Teil der wirtschaftlichen Stärke unserer Stadt zu erhalten und das Ehrenamt zu unterstützen,

Zweitens: In zukunftsweisende Investitionen wie den Ausbau der Ganztagesbetreuung, Sporteinrichtungen und Schulen zu investieren, was auch eine Digitalisierung, klimaneutralere Infrastrukturen und Energieeffizienz umfasst.

Drittens: Langfristige Finanzstabilität zu stärken – um Kreditaufnahmen ab 2027 zu reduzieren, die Verwaltung und Abläufe weiter zu optimieren und Kosten zu reduzieren.

Um diesen Kurs zu stärken haben wir als Gemeinderat nach intensiven Abwägungen – einstimmig – dem Stopp zweier Bau- und Investitionsprojekte zugestimmt: der geplanten neuen Fuß- und Radwegebrücke als Erschließung der „Schwetzinger Höfe“ sowie dem neuen städtischen Museum „Rothackersches Haus“ am Alten Meßplatz. Diese Entscheidungen waren notwendig, um entstehende finanzielle Belastungen im Ergebnishaushalt, aber auch im Investitionshaushalt ab 2026 ff. zu vermeiden und somit bereits in 2026 etwaigen Kreditaufnahmen und einer Neuverschuldung entgegenzuwirken.

Darüber hinaus haben wir uns im Gemeinderat weiter darauf geeinigt, die Generalsanierung des Verwaltungsgebäudes „Hofapotheke“ auf einen notwendigen Bedarf an Flächen und Büroräume für die Mitarbeitenden zu konkretisieren und damit die Baukosten angesichts eines enormen Preisanstiegs wieder zu reduzieren, was sich noch im Haushaltjahr 2025 und im neuen Haushaltplan 2026 abbildet. (Geplante Fertigstellung Projekt „Hofapotheke“ September 2026)

Was zeichnet den Haushalt 2026 aus?

Der kommende Haushalt sieht

- keine Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuer vor,
- er kommt ohne eine Kreditaufnahme aus, d.h. keine Neuverschuldung, der städtische Haushalt bleibt schuldenfrei.
- Im Haushaltsplan 2026 werden die beschlossenen Bau- und Sanierungsprojekte weiter eingeplant und ein starker Impuls in die Energieeffizienz gesetzt.
- Der Wermutstropfen, dass der Ergebnishaushalt mit einem Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses von minus 6,288 Mio. Euro nach aktuellem Planentwurf abschließen wird.

Dieses Ergebnis weist uns als Gemeinderat auf das bereits von mir zuvor beschriebene strukturelle Problem der Kommunalfinanzen hin, welchem wir uns weiter intensiv stellen müssen.

Laufende Pflichtaufgaben sichern: Wir halten 2026 an einem verlässlichen Rahmen fest, in der Kinderbetreuung, Bildung, Sicherheit und Angebotsstrukturen. Dennoch prüfen wir seit Wochen in allen Bereichen unsere Ausgaben, dort wo sie nicht unmittelbar zwingend sind und legen Prioritäten im Mittelabfluss stärker fest.

Investitionen mit Wirkung: Gleichzeitig haben wir auf der Grundlage der gemeinderätlichen Klausurtagungen klare Prioritäten bei Investitionen gesetzt, die unsere Stadt zukunftsfähig machen: d.h. Kinder-, Schul- und Bildungsinfrastruktur, Digitalisierung der Verwaltung, Energieeffizienz, Sanierung und Unterhaltung von Gebäuden und öffentlicher Infrastruktur.

Effizienz und Modernisierung der Verwaltung und Strukturen: Wir sind dabei unsere Prozesse zu analysieren, um mögliche Doppelstrukturen abzubauen und werden in 2026 weiter auf eine Digitalisierung in der Stadtverwaltung setzen. (Insbesondere einer digitaler Aktenführung). Hierbei wird für 2026 ein Schwerpunkt auf der Überprüfung und dem Erarbeiten von Vorschlägen zur Kostenstruktur der Kindergarteneinrichtungen durch das Rechnungsprüfungsamt liegen.

Finanzmanagement: Sinnvolle Gebühren- und Ertragsanpassungen, Prüfung kommunaler Einnahmequellen (Zweitwohnungssteuer), Optimierung der interkommunalen Angebote wie z.B. das bellamar (2026: Zuschuss von 630.000 Euro), Ausbau von Sponsoring.

Konkrete Planungsgrundlagen für das Haushaltsjahr 2026

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2026 setzen wir, angesichts der oben beschriebenen und berücksichtigten Herausforderungen, weiter auf unsere Möglichkeiten und Chancen für eine nachhaltige Entwicklung in und für unsere Stadt.

Der Ergebnishaushalt hat bei den Aufwendungen ein Volumen von 84.980 Mio. Euro (letztes Jahr 79.224 Mio. Euro), auf den ersten Blick 5,7 Mio. Euro höher als im laufenden Haushaltsjahr. Die Erträge belaufen sich auf 78.692 Mio. Euro, das ist eine Steigerung um rund 3 Mio. Euro zu 2025 im Entwurf.

Damit gleicht sich der Ergebnishaushalt um etwa 6,288 Mio. Euro - wie bereits ausgeführt - nicht aus.

Steuererträge:

Die vorliegenden Haushaltszahlen wurden auf der Grundlage der Mai-Steuerschätzung entwickelt.

Angesichts steigender Verwaltungskosten, sehen wir wie bisher ein probates Mittel, die anfallenden Gebühren aus erbrachten Verwaltungsleistungen, regelmäßig neu zu kalkulieren, was wir auch 2026 planen und auch im Haushalt im Einzelfall berücksichtigt haben und dem Gemeinderat vorstellen werden.

Bei der Grund- und Gewerbesteuer (400 / 420 v.H.) schlagen wir keine Anpassungen vor. Bei der Gewerbesteuer gehen wir bei der Einnahmenseite sogar von einer leichten Steigerung von ca. 300.000 Euro aus, unter Hinzuziehung des Ist-Ergebnisses aus 2024 und den Entwicklungen in 2025.

Kommen wir nun zu den wesentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt:

Mit Blick auf den Kreisumlagehebesatz haben wir mit einem 35,5%igen Hebesatz (Stand 31,25 Prozent), damit 4,25% (ca. 14.28 Mio. Euro) über dem derzeitigen Niveau kalkuliert und hoffen noch auf eine leichtere Verbesserung durch den Kreistag.

Die Personalaufwendungen im Planungsjahr 2025 werden mit 19,185 Mio. Euro veranschlagt, das sind rund 672.000 € mehr als im Vorjahr.

Finanzhaushalt:

Der Finanzhaushalt hat ein Investitionsvolumen mit Tilgungen (673.000 Euro für die Schimper Gemeinschaftsschule) in Höhe von 16,29 Mio. Euro und investive Zuschüsse in der Höhe von 4,4 Mio. Euro veranschlagt.

Eine Darlehensaufnahme (Neuverschuldung) wird 2026 nach dem vorliegenden Planentwurf nicht notwendig.

Mit der Einbringung des Haushaltsplanes 2026 haben wir einen Schuldenstand von null Euro. Im Vergleich: Der Landesdurchschnitt liegt bei einer Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden bei 817 Euro in den Kernhaushalten.

Folgende Projekte stehen im Haushaltsplan 2026:

BILDUNG, SCHULEN, KINDERGÄRTEN

- **Johann-Michael-Zeyher-Grundschule:** Ab September 2026 müssen wir als Kommunen unseren Schulkindern eine Betreuung an 5 Wochentagen, acht Stunden verlässlich bis auf höchstens 4 Wochen im Jahr, also auch in über der Hälfte der Schulferienzeiten, garantieren. Zwischenzeitlich haben wir einen Zuschussbescheid des Regierungspräsidiums Karlsruhe in Höhe von knapp 5 Millionen Euro.
Im Haushalt 2026 sind hierzu 5 Millionen Euro und die erforderlichen weiteren Finanzmittel in der mittelfristigen Finanzplanung eingeplant.
- **Hebelgymnasium:** Umsetzung für den Schulhof 1 Mio. Euro.
- Weiterhin sind Investitionen in nichtstädtische Kindergärten Arche Noah, Edith-Stein vorgesehen.

VEREINE, SPORTANLAGEN

- **Städtisches Stadion:** In 2026 insgesamt 1.7 Millionen Euro zur Wiederherstellung und Instandsetzung der Umlaufbahnen, des Hochsprungs, der Bewässerung und des Rasenplatzes
- Investitionen in die Nordstadthalle 120.000 Euro

FEUERWEHR

- Investitionen von 970.000 Euro Abrollbehälter Hygiene, Kommandowagen, Lager, Kommunikation und Gebäudesanierung
- Zivilschutz 65.000 Euro

STADTENTWICKLUNG:

- Innerstädtische Quartierentwicklung Herzogstraße mit 1.050.000 Euro.
- Eisenbahnausbesserungswerk mit 615.000 Euro (mit Zuschusseinnahmen).
- Entwicklung des Gewerbestandortes Tompkins Baracks
- Grunderwerb in Höhe von 2.4 Mio. Euro

VERKEHRINFRASTRUKTUR / KANÄLE

- Radschnellweg Schwetzingen-Heidelberg mit 80.000 Euro
- Investition in die Scheffelstraße und Robert-Bosch-Straße mit 500.000 Euro
- Städtische Kanäle mit 280.000 Euro

BAUPROJEKTE

- Generalsanierung der Hofapotheke als Verwaltungsgebäude mit 1.380.000 Euro

ENERGIEEFFIZIENZ (Ergebnishaushalt)

- Starker Impuls in 2026 in LED-Umstellungen mit den beiden Projekten in der Nordstadtgrundschule und unserer Straßenbeleuchtung in Höhe von 1,17 Mio. Euro. Wir bündeln damit unsere Finanzkraft und investieren in die Zukunft, um künftig Stromkosten und CO2 einzusparen.

Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes

Das Regierungspräsidium, als Rechtsaufsichtsbehörde, hat in der Haushaltsgenehmigung 2025 betont, dass wir alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen müssen, um einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu erreichen. Mit den Haushaltsklausuren des Gemeinderates haben wir uns hier weiter auf den Weg gemacht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Blick auf unsere mittelfristige Finanzplanung müssen wir uns in den kommenden Wochen nochmals auf eine gemeinsame Taktung und den Rahmen ab 2027 bis 2029 verständigen. Das bedeutet, die künftigen Investitionsmittel auf die Leistungsfähigkeit unseres Haushaltes anzupassen, nachdem laut Haushaltsentwurf die liquiden Eigenmittel von 19,1 Mio. Euro auf 5,0 Mio. Euro am Ende des Jahres abgeschmolzen sein werden.

Auf die eingeplanten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 17,6 Mio. Euro in 2026 und für die folgenden Haushaltsjahre, darf ich hier verweisen.

„Vielleicht müssen wir uns mit einer Erkenntnis aus der Bibel anfreunden, wonach auf fette Jahre auch mal magere folgen. Auch daraus kann man Optimismus schöpfen.“ (Wolfgang Schäuble, deutscher Politiker, 1942 – 2023)

Im Ergebnis liegt ein Haushaltsplanentwurf 2026 vor, der zusammen mit Ihnen als Gemeinderäte, basierend auf den Gesprächsergebnissen aus unseren Klausurtagungen und mit allen Ämtern in den letzten Wochen entwickelt wurde und

- weiter stark in Kinder, Jugend, Bildung, Sport und Infrastruktur investiert
- Leistungen und Zuschüsse auf gleichem Niveau gewährleistet
- und einen Fokus auf Energieeffizienz und unsere Feuerwehr legt

und zusätzliche Belastungen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler vermeidet.

Neues Signal auch für Schwetzingen und seine Finanzen aus der Landespolitik

Ein Signal, das vor fünf Tagen von der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden Baden-Württembergs gesetzt wurde und derzeit noch nicht in unseren Haushaltsplanentwurf für 2026 eingearbeitet ist, lautet: Das Land Baden-Württemberg wird zwei Drittel des Sondervermögens des Bundes für Infrastrukturprojekte an die Kommunen weitergeben.

Bisher plant kein anderes Bundesland in diesem Umfang Mittel an seine Kommunen weiterzuleiten – ein deutlicher Erfolg für die Landesregierung und unsere kommunalen Spitzenverbände.

Die Bundesregierung hat für die kommenden zwölf Jahre ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro eingerichtet. Dieses steht den Ländern und Kommunen zur Verfügung und soll vor allem in die Infrastruktur investieren. Für Baden-Württemberg bedeuten diese Mittel in den nächsten Jahren insgesamt 13,1 Milliarden Euro. Zwei Drittel davon, also rund 8,75 Milliarden Euro, fließen direkt an die Kommunen.

Laut aktueller Pressemitteilung des Finanzministeriums sollen die Kommunen die Zuweisungen pauschal erhalten. Das bedeutet, dass der Gemeinderat entscheiden darf, in welchen Bereichen der Infrastruktur wir in der mittelfristigen Finanzplanung und in den kommenden Haushalten investieren.

Darüber hinaus hat das Land Baden-Württemberg in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden eine zusätzliche Unterstützung in Höhe von insgesamt 550 Millionen Euro für dieses und nächstes Jahr zugesagt. Dieses Geld soll in den kommunalen Finanzausgleich fließen und somit zur Entlastung unserer städtischen Finanzen beitragen.

Diese Entwicklungen gilt es in den kommenden Wochen in unseren Beratungen zu berücksichtigen.

Das ist eindeutig ein positives Signal für den städtischen Haushalt im Jahr 2026 und ein Zeichen für Zuversicht!

Dennoch benötigen wir in diesen Zeiten das Engagement jedes Einzelnen – Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Vereine, Schulen sowie unsere Kindertageseinrichtungen. Gemeinsam ist es wichtig, in dieser Phase das Wünschenswerte vom Machbaren zu unterscheiden und die Herausforderungen offen anzuerkennen. Nur durch Ehrlichkeit und Zusammenarbeit können wir Lösungen finden. Dabei sind Geduld, Pragmatismus und die Bereitschaft, auch in schwierigen Situationen Entscheidungen zu treffen, die unserem Gemeinwohl dienen, unerlässlich. Ich bin fest überzeugt, dass wir diese Aufgaben gemeinsam bewältigen.

Lassen Sie uns dieses Kapitel der Haushaltsplanung 2026 mit Mut, Transparenz und Zusammenhalt schreiben. Unser Ziel ist eine starke, resiliente Stadt, in der Solidität die Grundlage für Wachstum und Lebensqualität bildet – heute, morgen und in den kommenden Jahren.

Bereits in den kommenden Wochen werden wir im Verwaltungsausschuss und im Gemeinderat den Haushaltsplan mit seinen 590-Seiten (2025: 626 Seiten) in seinen Eckdaten zusammen mit den neuen Entwicklungen präsentieren.

Bei Fragen stehe ich, als auch die die Stadtkämmerei gerne zur Verfügung.

DANK

Mein Dank gilt dem gesamten Team der Stadtkämmerei für die Erstellung des Planentwurfs sowie die sorgfältige Aufarbeitung der Finanzaufgaben, insbesondere Frau Nagel, Frau Dworski und Frau Schaaff-Reichert - unseren Amtsleiterinnen und Amtsleitern und den Sachgebietsleitungen.

Mein Dank geht auch an alle Ämter für ihre Haushaltsanmeldungen sowie für die konstruktiven, zielgerichteten und in diesen Jahren **intensiven** Beratungsgesprächen, bei denen das Wünschenswerte zurückgestellt wurden, um den engen Finanzrahmen zu berücksichtigen.

Ich freue mich auf die Beratungen in den kommenden Wochen und bin mir sicher, dass wir auch für das kommende Jahr einen nachhaltigen und zielführenden Haushaltsplan 2026 für die Menschen in unserer Stadt entwickelt bekommen.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit und schon jetzt für Ihr Engagement in den Haushaltsberatungen.